

HEERESLEITUNG UND BALKANPLÄNE IN ÖSTERREICH-UNGARN IN DEN KRISENJAHREN 1875—1878

VON

EMIL PALOTÁS

1

Bei der Festlegung der Aussenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie kam der sogenannten Militärpartei, den jeweiligen Leitern des Kriegsressorts, eine bedeutende Rolle zu. Mit dem Einfluss der Militärs befasste sich schon die zeitgenössische Publizistik, auch die Geschichtswissenschaft erörterte diese Frage wiederholt, ja in der letzten Zeit scheinen sich die einschlägigen Forschungen sogar zu beleben. Und dennoch müssen wir feststellen, dass die Fachliteratur noch über keine zusammenfassende Darstellung dieses Themas verfügt. Trotz der neueren Arbeiten befinden wir uns immer noch im Stadium einer Erschliessung der Angaben. Auch vorliegende Arbeit kann nicht mehr unternehmen, als anhand der Aufzählung einiger bekannter, sowie bisher unbekannter Tatsachen eine Anregung zum Weiterschreiten zu bieten.

In der Balkanpolitik der Habsburgermonarchie war es ein altes Bestreben, das sich noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Einverleibung Bosniens zum Ziel gesetzt hatte. Jenes Vorhaben der militärischen Kreise, die strategische Lage des auf einen schmalen Küstenstreifen beschränkten Dalmatien zu festigen, ist ebenfalls eine seit langem bewiesene Tatsache.¹ Als in den siebziger Jahren die Orientfrage wieder in ein akutes Stadium trat, nahm parallel zur Vertiefung der Krise der Expansionshunger der Anhänger der dynastischen Eroberungspolitik plötzlich zu. Die Eskalation ihrer Vorstellungen reichte bis zur Erwägung einer völligen Aufteilung der Türkei, beziehungsweise des Balkans. Als dann die Planung auf dem Papier von einem aktiven Handeln abgelöst werden sollte, stellte sich heraus, dass zwischen den Wünschen und der zu deren Realisierung benötigten Kraft, das heisst zwischen der gesteigerten Expansionslust und den militärisch-politischen Gegebenheiten der Monarchie der zum Erfolg unerlässlich notwendige Einklang bei weitem nicht vorhanden ist.

In der Zeit, als Andrassy Aussenminister war, spielten in der Koordinierung der Aussenpolitik und der Militärpolitik die geheimen Beratungen, auf denen sich ausser dem Herrscher und dem Aussenminister die führenden militärischen Persönlichkeiten damit befassten, die aussenpolitischen Zielsetzungen und die militärischen Gesichtspunkte in Einklang

zu bringen, eine besondere Rolle. Die erste derartige Beratung fand unmittelbar nach dem Amtsantritt Andrásy im Februar 1872 statt.² In der historischen Fachliteratur war schon öfter von der zweiten derartigen Beratung die Rede, die kurz vor dem Ausbruch des Aufstands in der Hercegovina stattgefunden hatte. Zwar bildeten den Gegenstand dieser Beratung formell die möglichen Folgen eines türkisch-montenegrinischen Konflikts von untergeordneter Bedeutung, in Wirklichkeit aber wurde hier über etwas anderes beschlossen: darüber, wann und unter welchen Umständen die seit langem betriebene „Rektifikation“ der Grenzen der Monarchie auf dem Balkan stattfinden und wie weit sich diese erstrecken soll.³ Die Teilnehmer waren alle darin einverstanden, dass die Monarchie ihre bisherige „Abstinenzpolitik“ aufgeben und die sich zu allererst bietende Gelegenheit zur Einverleibung Bosniens und der Hercegovina ausnützen muss. Uns interessiert jetzt näher die Debatte darüber, wie weit sich diese Eroberung erstrecken kann. Am weitesten ging der Generalinspektor des Heeres Erzherzog Albrecht. Er setzte sich dafür ein, dass der Begriff Bosnien unbedingt auch den Sandschak Novi Pazar umfasst, die beabsichtigte Eroberung muss sich daher auch auf dieses Gebiet erstrecken. Laut Protokoll der Beratung brachte er zur Unterstützung seines Standpunktes zuerst ein einziges Argument vor: der österreichisch-ungarische Handel muss gesichert werden, dessen Hauptrichtung aber – seiner Meinung nach – die Bahnlinie Novi – Sarajevo – Prisren bezeichnet. Wenn die Habsburgermonarchie diesen Landstreifen nicht in ihren unmittelbaren Besitz einbezieht, tritt das möglich Schlechteste ein: Serbien und Montenegro werden diese untereinander aufteilen. Wir wollen uns nicht in die Erörterung dessen einlassen, ob zu jener Zeit die einzig mögliche Weise einer Wahrung der vermeintlichen oder tatsächlichen Wirtschaftsinteressen die Einverleibung des fraglichen Gebietes war, hingegen halten wir das wirtschaftliche Argument als Begründung von Seiten der Militärs für ausserordentlich beachtenswert. Spielte doch damals einerseits im westlichen Teil des Balkans der österreichisch-ungarische Handel keine allzu grosse Rolle, andererseits bestand die erwähnte Eisenbahnlinie nach Saloniki in ihrer Gänze noch nicht, von der Küste bis nach Mitrovica war sie gerade zu jener Zeit in Bau, und ihre Weiterführung in das Innere des Balkans war noch ausserordentlich fraglich: die Interessenten (auch innerhalb der Monarchie) debattierten wegen der offensiblen Terrainschwierigkeiten, über die Zweckmässigkeit. Viele zogen eine andere Route für die Haupteisenbahnlinie durch den Balkan vor. Es kann daher angenommen werden, dass Albrecht mit diesem Argument lediglich an die innere *Legitimierung* der erwünschten territorialen Eroberung gedacht haben dürfte. (Der Ausdruck „Legitimierung“ stammt von Andrásy, der in der Beratung feststellte, dass der erwünschte Augenblick des Beginns der Aktion dann gekommen sein wird, wenn „ein Eingreifen unsererseits nach Innen und Aussen zu legitimieren geeignet“ ist.) Zweifelsohne trat zu jener Zeit in Zisleithanien eine Absicht in Erscheinung, wonach die infolge der Wirtschaftskrise zunehmenden Schwierigkeiten durch eine Steigerung des „orientalen“ Handels zu bekämpfen seien, dieses Bestreben

war jedoch nicht mit der Forderung einer territorialen Annexion verbunden, sondern vielmehr mit der Ablehnung einer solchen.⁴

Die übrigen Teilnehmer der Konferenz fassten die Erfordernis, wonach bei einer sich im Orient ergebenden Umgestaltung das beabsichtigte territoriale Wachstum dazu berufen ist, das Hinterland Dalmatiens zu erweitern, im engeren Sinne des Wortes auf. Die Konferenz bestimmte daher in dieser Beziehung unmittelbare und konkrete Aufgaben. Albrecht gab sich aber damit nicht zufrieden. Ihm schwebten damals schon viel fernere Ziele vor. Schliesslich wies er darauf selbst unzweideutig hin, indem er sagte, dass der besprochene Landstreifen jenes *Tor* ist, das die Monarchie mit der Türkei verbindet. Vorbedingung jeder Ausbreitung nach Süden ist daher die Eroberung dieses Gebietes.

Den Anspruch auf Novi Pazar wies Andrassy auf dieser Konferenz entschieden zurück. Der wirtschaftspolitischen Argumentation Albrechts schenkte er gar keine Beachtung, sondern betonte vielmehr die unvorteilhafte strategische Lage dieses Gebietes. In der Debatte ergab sich ein wesentliches Moment. Andrassy schreckte — im Gegensatz zum Militär — nicht der Umstand ab, dass Serbien und Montenegro durch die Gewinnung von Novi Pazar eine gemeinsame Grenze ausbilden könnten, sondern vielmehr der, dass infolge der Einverleibung eines zu umfangreichen südslawischen Gebietes das Gewicht des slawischen Elements innerhalb der Monarchie gefährlich zunehmen würde. Albrecht verwies entschieden darauf, dass die Vereinigung der beiden südslawischen Staaten für die Monarchie eine grosse potentielle Gefahr bedeutet, die nur so beseitigt werden kann, dass sich Österreich-Ungarn zwischen die beiden einkeilt, das sie trennende Gebiet in Besitz nimmt. Für die Anhänger der expansiven Pläne wurde dies von da an zu einem immer wieder zurückkehrenden Hauptargument.

Im Januar 1875 — ein halbes Jahr vor Beginn der Krise, die den Balkan völlig umgestaltete — hielt man in Wien bei Erwägung der Eventualitäten der Annexion noch einen Konflikt für erwünscht, der einen lokalen Charakter hat, das heisst, dass eine Internationalisierung, die Einmischung anderer Grossmächte vermieden werden könnte. Mit der Ausweitung des Aufstandes verschwand natürlich diese Möglichkeit, und dementsprechend mussten sich auch die mit der Erwerbung Bosniens verbundenen Vorstellungen ändern. Nunmehr konnte man nicht allein an die beiden benachbarten Kleinstaaten denken, sondern man musste auch die zu erwartende Reaktion der Grossmächte, vor allem die Russlands, mit in Betracht ziehen. Unverändert blieb hingegen die Entschlossenheit: Bosnien muss einverleibt werden. In der Sprache der Militärs war dies der „ad hoc Fall.“

In der Geschichte der Orientkrise begann ein qualitativ neuer Abschnitt, als es zur Gewissheit wurde, dass ein bewaffneter Eingriff Russlands in den Lauf der Ereignisse unvermeidlich ist. Über die neue Situation beriet im November 1876 abermals eine militärpolitische Konferenz in Wien, diesmal ohne Andrassy.⁵ Hier wurde der frühere Standpunkt bekräftigt, wonach die Monarchie den „ad hoc Fall“ unter allen Umständen — selbst im Falle eines Widerstands seitens Russlands — durchführen

muss. Als sich die internationale Lage komplizierter gestaltete, ergab sich durch die Vertiefung der Orientkrise notwendigerweise die Möglichkeit des Eintretens einer grösseren Konflagration. Zwar war dies nur eine theoretische Möglichkeit, dennoch beschäftigte der Gedanke den Leiter der kaiserlichen Militärkanzlei, den einflussreichen Generalmajor Beck, ernsthaft. Der General führte Ende 1876 in einem Memorandum seinen Standpunkt darüber aus, was die Grossmächtsinteressen der Habsburgermonarchie bei Eintritt einer solchen grundlegenden Wendung erforderlich machen.⁶ Beck legte als eine natürliche Sache fest, dass falls eine teilweise oder totale Aufteilung der Türkei zur Sprache käme, man sich in der neuen Lage mit der im Januar 1875 vorgesehenen Erweiterung nicht zufriedengeben dürfe, das heisst damit, dass sich die neuen Grenzen der Monarchie von der Drina bis Sutorina erstrecken würden. Dies hielt er für zu wenig. In seinen Erörterungen sprach er natürlich ausführlich über die Bedeutung von Novi Pazar. Obwohl sich Andrassy im Laufe der nicht viel früher in Reichstadt geschlossenen russisch-österreichischen Übereinkunft auch um die Sicherung des Sandschaks bemüht hatte, verwahrte sich Beck, der vermutlich nicht in alle Einzelheiten der geheimen Diplomatie eingeweiht war, energisch gegen die frühere Vorstellung Andrassys, wonach Serbien und Montenegro für den Verlust Bosniens eventuell durch eine Aufteilung des Sandschaks unter sie entschädigt werden sollen. Beck entwickelte jetzt den im Januar 1875 aufgeworfenen Gedanken Albrechts weiter: "Wenn wir uns nicht für immer das Tor nach dem Süden und den Weg zum Ägäischen Meere selbst verschliessen wollen, muss die Frage über die Zuerkennung dieses Sandschaks an die genannten Staaten reiflich erwogen werden."

Andererseits aber, und im gegebenen Augenblick legte Beck den Akzent hierauf, darf auch von einer darüber hinausgehenden Expansion nicht Abstand genommen werden. In seiner Denkschrift legte er die maximalen Ansprüche der Monarchie fest. Diese kommen bei ihm in zweierlei Definitionen vor. Die eine: im gegebenen Fall muss neben Bosnien und der Hercegovina auch der Besitz von Altserbien (diesen nie genau umrissenen Begriff identifizierte er im wesentlichen mit dem Sandschak), ganz Albanien und von Teilen Mazedonien, Saloniki inbegriffen, gesichert werden. Altserbien, Albanien und Mazedonien sind im 19. Jahrhundert ziemlich amorphe historisch-geographische Begriffe, daher bot Beck auch eine zweite, jeden Zweifel ausschliessende Definition: abgesehen von Serbien und Montenegro, die ihre Selbständigkeit behalten und höchstens unwesentliche Grenzberichtigungen bekommen, gehören alle ehemaligen türkischen Gebiete von der Ostgrenze Serbiens beginnend in südlicher Richtung über Pirot und Kustendil dem Lauf des Struma-Flusses folgend bis zur Bucht von Rendina zur Interessensphäre der Monarchie. Beck erhob damit Anspruch auf den gesamten westlichen Teil der Halbinsel. Die Sicherheit Dalmatiens vermochte eine derartige Expansion offenbar nicht mehr zu rechtfertigen. Beck klügelte ein anziehenderes Argument aus: die Monarchie könnte sich durch den Hafen von Saloniki in den Welthandel einschalten. Bei ihm begleitete demnach die Eskalation des

territorialen Anspruchs die Eskalation der wirtschaftlichen Argumentation. Albrecht verband im Januar 1875 den Anspruch auf den Sandschak mit dem Handel nach dem südlichen Teil des Balkans. Beck ging nun weiter und erhob darum Anspruch auf den gesamten westlichen Teil des Balkans, weil dies angeblich für eine Präsenz Österreich-Ungarns auf den Weltmeeren unerlässlich ist. Natürlich unterliess es Beck nicht, auch die Wichtigkeit der über Bosnien und den Sandschak führende Eisenbahnlinie zu erwähnen. Seine Ansicht fasste er folgendermassen zusammen: „Der Besitz aller dieser Länderteile muss in politischer Hinsicht und mit Rücksicht auf die Handels- und auf die militärischen Interessen für Österreich bei der früher gemachten Voraussetzung als eine unerlässliche Forderung bezeichnet werden, durch ihn allein könnte Österreich die Präponderanz Russlands im Oriente paralysieren und verhindern, dass an unseren Südgrenzen um Serbien, um Montenegro und Griechenland geschaart, grössere Staatenbildungen entstehen, in denen es eine permanente Gefährdung der Ruhe in den südslavischen Teilen des Reiches, wenn nicht gar die Bedrohung seiner staatlichen Existenz erblicken müsste.“⁷

Zur gleichen Zeit nahm Albrecht in der Frage einer Neuordnung der Halbinsel einen ganz ähnlichen Standpunkt ein wie Beck. Anhand des damals noch im Stadium der Verhandlung befindlichen (späteren „Budapester“) österreichisch-ungarisch – russischen Militärabkommens befasste er sich mit dem zu erwartenden Zerfall des Osmanischen Reiches, der seiner Meinung nach notwendigerweise die Erweiterung des Aktionsradius der Monarchie involviert. Albrecht bezeichnete die seitens der Monarchie in diesem Falle zu erwerbenden Gebiete im wesentlichen übereinstimmend mit Beck, und hob besonders die Wichtigkeit Albaniens sowie Salonikis hervor. Die altmodische Eroberungsabsicht untermauerte auch er mit einem „modernen“ Aspekt, indem er damit argumentierte, dass die öffentliche Meinung der Monarchie für den Erwerb Bosniens schwer zu gewinnen ist, es wird viel leichter sein, sie für den Erwerb eines Hafens an der Adria und im Ägäischen Meer zu mobilisieren.⁸

Nach dem Ausbruch des russisch – türkischen Krieges betrieb die Führung der Armee immer ungeduldiger die Durchführung des „ad hoc Falls“. Der Generalstab war für die Aktion militärisch schon seit langem gerüstet. Im September 1877 waren auch schon die Einzelheiten geklärt. Zur Durchführung wurde das XIII. Armeekorps bestimmt und an seine Spitze Feldzeugmeister Philippović gestellt. Der kommandierende General war mit den Plänen des Generalstabs nicht in allem einverstanden. Seine Einwände fasste er im November in einer besonderen Denkschrift zusammen. Er konzentrierte sich auf ein einziges Problem, er hielt die für Bosnien und die Hercegovina vorgesehenen insgesamt vier Divisionen für zu wenig. Diese Argumentation ist allen vertraut, die sich aufgrund der Biographie Wertheimers an die *späteren* Ansichten Andrássys erinnern: „Politische Klugheit, ja Notwendigkeit gebieten es, der Okkupation soviel als tunlich den Charakter einer friedlichen, Gewalt womöglich ausschliessenden Besitzergreifung – und zwar in kürzester Zeit – zu geben. Das fait accompli würde nach aussen hin den Eindruck hervorrufen, dass diese

Vereinigung aus dem Streben innerer Attraktion hervorgegangen sei, und dürfte in weiterer Konsequenz als ein naturgemässes, nicht mehr zu änderndes Zusammenwachsen mit mehr weniger Wohlwollen aufgenommen werden.⁹

Die offizielle Aussenpolitik der Monarchie hielt ihre Beute nach Reichstadt und Budapest — durch die mit Russland geschlossenen bilateralen Abkommen — für den Fall einer Umgestaltung des Balkans für gesichert. Um die Jahreswende 1877–78 erlitt diese Richtung, die sich mit Russland in die Beute teilen wollte, einen unerwarteten und schweren Schlag. Wien erhielt auf diplomatischem Wege Kenntnis von den russischen Vorstellungen über den Vorfrieden, und daraus ging hervor, dass der Friedensentwurf die Abkommen von Reichstadt und Budapest und damit auch die in diesen niedergelegten österreichischen territorialen Forderungen einfach ausser acht liess: während er sich im Falle Bosniens und der Hercegovina mit der Inaussichtstellung innerer Reformen begnügte, sah er die Schaffung eines Grossbulgariens vor, dessen Gebiet den östlichen und mittleren Teil der Halbinsel (Mysien, Thrakien und ganz Mazedonien) umfasst, beziehungsweise in einer zweijährigen Okkupation eine unmittelbar durch Russland erfolgende Organisation, und somit ausschliesslich die russischen Interessen vor Augen hielt, diese hingegen maximal befriedigt.¹⁰

In der veränderten Lage brauchte die österreichisch-ungarische Diplomatie eine neue Strategie, um das Erreichen der alten Ziele unverändert erhoffen zu können. In der geheimen militärpolitischen Konferenz am 15. Januar 1878, die sich mit der Überprüfung des Kriegsfalls gegen Russland beschäftigte, warf Andrassy die Notwendigkeit militärischer Vorbereitungen gegen Russland auf, und hielt eine Wiederholung des Verfahrens der Habsburgermonarchie vom Jahre 1855 für zweckmässig. Der Minister vertraute in erster Linie auf ein gemeinsames Handeln mit England, das sich ebenfalls geschädigt fühlte. Der Konzeption Andrassys widersetzten sich sämtliche militärischen Leiter, sie schrakten sogar vor der Möglichkeit einer Konfrontation zurück. Die beantragte Mobilisierung, Truppenkonzentrierung und im allgemeinen jedwede Manifestation einer feindlichen Absicht gegenüber Russland missbilligten sie kategorisch.¹¹ Nach einem aufmerksamen Studium des Protokolls und aufgrund der Untersuchung des Kampfes, den Andrassy im Frühjahr 1878 im gemeinsamen Ministerrat führte, kann mit ziemlicher Gewissheit behauptet werden, dass der Aussenminister nicht den Krieg um jeden Preis betrieb, sondern in Kenntnis der internationalen Kräfteverhältnisse und der inneren russischen Verhältnisse vielmehr annahm, dass der Zar unter dem Einfluss der gemeinsamen englisch-österreichischen Drohungen den Forderungen der Rivalen nachgeben wird, dass also Österreich-Ungarn seine Ziele auf „friedlichem“ Weg erreichen wird. Seine Taktik scheiterte jedoch an der Hartnäckigkeit der Militärs, die zu keinem Handeln bereit waren. Die militärische Führung richtete als Antwort auf seine Argumente an ihn eine einzige Frage: und was geschieht, wenn man nach der Drohung dennoch handeln muss, wenn also der Krieg ausbricht?

Als hingegen nicht mehr der Krieg gegen Russland auf dem Tapet war, das Handeln nicht mehr die Aufgabe des Militärressorts, sondern die

der Diplomatie war, redeten die Militärs sofort in einer anderen Tonart. Vom Frühjahr an stand auf der Tagesordnung der internationalen Politik eine Konferenz der Grossmächte mit dem Zweck, die Folgen des russisch – türkischen Krieges zu überprüfen und über das weitere Schicksal der Balkanhalbinsel zu entscheiden. Die Vorverhandlungen über die Konferenz waren zwischen den Mächten bereits im Gange, als der Text des Vorfriedens von San-Stefano veröffentlicht wurde. Die Militärpartei verwahrte sich natürlich entschieden gegen dessen Bedingungen. General Philippović wandte sich sofort mit einem Brief an seinen Vorgesetzten: „Ob in Konsequenz des Präliminarvertrages . . ., ob in Verbindung mit dem projektierten Kongresse oder ohne ihn die österreichisch-ungarische Monarchie in Wahrnehmung ihres natürlichen Rechtes und des formellen Aktes der Notwehr; um in den angrenzenden, noch türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina den nicht revolutionären, sondern sozialen Seuchenherd zu desinfizieren, zur Okkupation dieser Länder gezwungen sein wird, ist gleichgiltig; tatsächlich ist die Notwendigkeit dieses Schrittes möglich, wahrscheinlich, ja imminent . . .“ Er wies darauf hin, dass unter den neuen Umständen die früher erwogene Eventualität, „die Möglichkeit einer Okkupation ohne auf irgendwelchen Widerstand zu stossen, ganz und gar aus dem Kalkül ausgeschlossen bleiben muss“. Ebenso verwies er darauf, dass auch mit einer anderen Möglichkeit gerechnet werden muss, „zur Wahrung unserer Interessen über Visegrad und Gorazda hinaus nach dem Süden vorzurücken.“¹²

Der designierte Feldherr arbeitete keine militärpolitische Konzeption aus, sondern führte Argumente zur von ihm heiss ersehnten Erhöhung des Truppenkontingents an. Es kamen aber innerhalb der Militärs auch Vorstellungen von grösserem Format zustande. Eine solche ist mit dem Namen des Generalstabsoffiziers Thoemmel verbunden, der in einem an das Aussenministerium gerichteten Memorandum seine Ansichten über die neue Lage darlegte.¹³ Thoemmel war seit längerer Zeit diplomatischer Vertreter der Monarchie in Cetinje und kannte das diesbezügliche Thema gut. Schon 1869 studierte er das Problem der von der Monarchie in Bosnien zu erwerbenden Gebiete, und bei der Konferenz vom 29. Januar 1875 dienten seine Aufzeichnungen als Grundlage zur Ziehung der Grenzen. Jetzt reagierte er auf die Bedingungen von San-Stefano und regte eine Gegenaktion an. „Können aber die russischen Bestrebungen mit Bezug auf die künftigen Gestaltungen von Bulgarien, Serbien und Montenegro – können die Grundprinzipien und die Hintergedanken des Vertrages von San-Stefano überhaupt – die schwersten Komplikationen für die österreichisch-ungarische Monarchie, – konnte die russische Diplomatie das Äusserste zu statuieren wagen, was rücksichtsloser Übermut vermag, so dürfte wohl auch der österreichisch-ungarischen Monarchie noch eine genügende Fülle von friedlichen oder Gewaltmitteln verfügbar sein, um die allzugrosse Masslosigkeit in entsprechendere Schranken zurückzuweisen.“ Thoemmel führt die zu verteidigenden Interessen an: „Integrität des bosnischen Länderkomplexes; Reduzierung der serbischen und montenegrinischen Grenzrekifikationen; Zurückziehung der bulgarischen Westgrenze und Kräftigung des albanesischen und hellenischen Elements gegenüber den

slavischen Vergewaltigungstendenzen.“ Damit konnte sich aber der biedere Offizier nicht begnügen. „Wäre aber wohl mit derartigen Einschränkungen der russischen Expansionstendenzen allein, den österreichisch-ungarischen Interessenstandpunkten schon hinlänglich gedient?“ Die Frage antizipierte natürlich schon die Antwort, doch die Antwort wurde wiederum nur in der Form von Fragen formuliert. „... Wäre es also nicht am besten, die offenbar bereits verurteilte und verfallene Herrschaft der Pforte in den bosnischen, albanesischen und mazedonischen Ländern schon jetzt durch das österreichisch-ungarische Regiment zu substituieren? Es ist ausser Zweifel – die weitaus dominierende Majorität der Bevölkerung jener Ländergebiete würde in einer derartigen Konjunktur – eine vorzugsweise erwünschte Lösung finden, oder sich derselben willig fügen.“ Thoemmel stellte fest, dass diese Machtexpansion geographische, politische und wirtschaftliche Ursachen hat. Über letztere sagte er: „In jeder andern Hand, – in jener Russlands, Serbiens, oder gar in jener von Italien, würden auf diesen Schauplätzen Grundsätze in Wirksamkeit gesetzt werden, welche insbesondere auch unserem Handel die verderblichsten Wunden schlagen müssten.“

Der Plan Thoemmels war, was das Wesen betrifft, identisch mit dem Ende 1876 umrissenen Gedanken von Beck: in der westlichen Hälfte der Halbinsel können die bereits bestehenden kleinen Länder mit einigen bescheidenen Ergänzungen bestehen bleiben, doch nur im österreichisch-ungarischen Anziehungskreis, eng in die Interessensphäre der Monarchie einbezogen. Alle übrigen Gebiete aber, der ganze hiesige Besitz der Türkei, ist an das Habsburgerreich anzugliedern. Auf diese Weise konnte also die Antwort auf die russischen Expansionsabsichten nur die österreichisch-ungarische Expansion sein.

Und wie reagierte Beck selbst auf San-Stefano? Es lohnt sich, dies genauer zu untersuchen, weil sich gerade zu dieser Zeit die Vorstellungen Andrássys sehr der Auffassung von Beck näherten und der Aussenminister bei den vertraulichen Verhandlungen vor dem Berliner Kongress sogar gewisse Elemente der Argumentation der Militärs übernommen und verwendet hatte.¹⁴ Beck fertigte gleichfalls ein Memorandum an, in dem er der damaligen allgemeinen Auffassung nach davon ausging, dass nach San-Stefano der nächste Schritt unvermeidlich die Vereinigung von Serbien und Montenegro sein wird. Der so zustehende aggressive Nachbarstaat wird dann – seiner Ansicht nach – rasch die Loslösung der südslawischen Gebiete der Monarchie durchführen. Daher ist es evident, dass die Monarchie „notgedrungen“ Bosnien sofort besetzen muss. Die grosse und keineswegs neue Frage war, wie weit sich diese Besetzung erstrecken soll. Die Antwort Becks im März 1878 mutet – verglichen mit jener, die Ende 1876 ebenfalls er formuliert hatte – ziemlich bescheiden an. Der wichtigste Grund dafür ist, dass die Zeit einer endgültigen Zerstückelung der Türkei noch nicht gekommen sei, es befindet sich erst ein Übergangsstadium im Entstehen. In diesem Übergangsstadium ist die Aufgabe Österreich-Ungarns eine sichere und dauernde Trennung Serbiens und Montenegros und die Inbesitznahme jener Schlüsselpunkte, die dann bei der endgülti-

gen Aufteilung eine wichtige Rolle spielen könnten. Beck nannte zwei derartige Gebiete: den Sandschak und Nordalbanien. Während er sich bei letzterem hütete, den Anspruch genau zu umreißen, erklärte er im Falle „Altserbiens“ entschieden, dass die Grenze südlich von Pristina verlaufen muss, ausser Novi Pazar und Mitrovica soll also auch diese wichtige Stadt einverleibt werden. Die Begründung lautet: die Vertreibung der Türken aus Bosnien ist unvermeidlich, auf diesem Gebiet wird entweder ein der Monarchie feindlich gegenüberstehender südslawischer „Staatenkomplex“ entstehen, oder es wird von Österreich-Ungarn annektiert. Wenn sich der erstere Fall realisieren würde, wäre die Monarchie für ewig vom Ägäischen Meer abgeschnitten, was schwere wirtschaftliche Folgen haben würde. Dies ist das eine Argument, das damals auch schon Andrassy teilte und gegenüber den Russen nachdrücklich vertrat, und gleichfalls dieses Argument ist es, das gerade die Militärs selbst änderten, als ihnen die wirklichen Schwierigkeiten der Okkupation offenbar wurden.

Beck erörtert detailliert die zukünftigen Grenzen Montenegros. Hier ist er anspruchsvoller als Thoemmel, der in seiner weiter oben besprochenen Denkschrift die auf der Botschafterkonferenz in Konstantinopel im Jahre 1876 vorgesehene Grenzziehung für akzeptierbar hielt. Beck wollte das kleine Bergfürstentum von allen Seiten zurückdrängen, um Sarajevo und Mostar, vor allem aber Cattaro strategisch zu sichern. Im Süden wollte er geradezu die unmittelbare Machtsphäre der Monarchie erweitern, wie er es formulierte: „hier tritt militärisch nur die Küstenstrecke bis an die Bojana hervor, . . . von der überhaupt wohl nur die Rede sein kann, wenn wir uns selbst als Herrn von Scutari — durch direkten oder indirekten Einfluss — betrachten können“. Den auf Skutari erhobenen Anspruch sehen wir sofort bei Andrassy wieder, der diese Forderung bei dem Wiener Besuch von Ignat'ev zur Sprache gebracht hat.¹⁵ Bei Serbien hielt Beck ebenfalls eine territoriale Änderung für notwendig, aufgrund des altbekannten Arguments, wonach die Monarchie, falls dieses Gebiet in die Hände des Fürstentums geriete, die anzulegende Eisenbahnlinie nicht benützen könnte. „Als Entschädigung für den entfallenden Grenzspitz von Novibazar wäre für Serbien eine Erweiterung der Grenze auf Kosten von Bulgarien u. z. gegen Pirots oder Widdin zu unterstützen.“ Was Beck über die Westgrenzen Bulgariens sagte, ist deshalb erwähnenswert, weil wir das bei den Verhandlungen Andrassys mit den Russen ebenfalls wiedersehen: „Wollen wir für die Zukunft und für unsere Handelsinteressen vorsorgen, so müssen wir in diesem Teile die russische Machtsphäre bis hinter den Seres zurückdrängen. Die Linie des Struma und eine Verbindung über Kustendil an die neue serbische Grenze kann die weitgehendste westliche Abgrenzung Bulgariens bilden, soll dieses nicht in unsere direkte Interessensphäre hineingreifen.“¹⁶

Unabhängig von den Feststellungen Becks und Thoemmels wurde es im Frühjahr 1878 klar, dass die einseitige russische Regelung auf dem Balkan nicht verwirklicht werden kann. Dadurch aber gewannen die von der Monarchie zu erreichende Ziele noch keine bestimmtere Gestalt. Der Erfolg, beziehungsweise das auf dem Balkan erreichbare Maximum hing

nämlich weniger von der eigenen Kraft Österreich-Ungarns als vielmehr von der günstigen Konstellation der internationalen Lage ab. Zweifellos sah Andrassy die Situation der Monarchie am klarsten. Der Aussenminister war zu komplizierten taktischen Manövern gezwungen, in der internationalen Diplomatie genauso wie daheim. Was unser Thema betrifft: Andrassy befürchtete einerseits, dass die Ungeduld der Militärs eventuell zu einer übereilten Okkupation von Bosnien und Hercegovina führen könnte, anderseits drängte er auf diesbezügliche Vorbereitungen, auf gewisse militärische Schritte, weil er einsah, dass er für einen Erfolg auf dem Kongress den Anschein der Entschiedenheit und Entschlossenheit unbedingt brauchen wird.

In der internationalen Arena stellte das zu erwartende Verhalten Russlands den grössten Unsicherheitsfaktor dar, indem niemand mit absoluter Genauigkeit errechnen konnte, ob sich die Zarenmacht der von den Grossmächten geforderten Revision des Vorfriedens unterwerfen wird, oder durch einen abenteuerlichen Schritt einen Ausweg suchen wird. Neben Russland dürfte auch das unsichere Verhältnis zu Serbien und Montenegro einen Einfluss auf die Durchführung des „ad hoc Falls“, beziehungsweise auf die damit zusammenhängenden sonstigen Balkanpläne ausgeübt haben. All diese Probleme wurden in Wien im April 1878 auf zwei weiteren geheimen Konferenzen beraten.¹⁷ Auf den Konferenzen konnte Andrassy bei den Militärs einen entschiedenen Erfolg für sich verbuchen. Es gelang ihm nicht nur, über die gegen Russland zu treffenden Sicherheitsvorkehrungen übereinzukommen, sondern auch in der Hinsicht, dass diese mit den Vorbereitungen einer Okkupation nicht in Zusammenhang gebracht werden. Auch jenen Standpunkt gelang es Andrassy durchzubringen, dass hinsichtlich Bosniens die grundsätzliche Entscheidung des Kongresses abzuwarten ist, aber gewisse Vorbereitungen sofort in Angriff genommen werden, und zwar in der Form und auf einem Kostenniveau, wie dies der Aussenminister – auch mit Rücksicht auf die Innenpolitik – für annehmbar hielt. Gewiss trug zum Erfolg auch der Umstand bei, dass sich Andrassy hinsichtlich der weiteren Ziele auf den gleichen Standpunkt stellte wie die Führer der Armee. Er erkannte an, dass Bosnien so in Besitz genommen werden muss, dass dies nicht die letzte Tat der Monarchie bleibe. Er erkannte auch an, dass die Okkupation natürlicherweise auch den Sandschak umfassen muss. („Gf. Andrassy . . . würde wünschen, dass so rasch als möglich die Landzunge zwischen Serbien und Montenegro, als Schlüssel des ganzen Besitzes, occupirt werde“ – Protokoll vom 21.4. 1878.) Übereinstimmend mit den Militärs war auch er bereit, für Serbien und Montenegro nur solche Grenzen anzuerkennen, die eine spätere österreichisch-ungarische Expansion gegen Albanien beziehungsweise Mazedonien nicht unmöglich machen. In letzterer Frage, in bezug auf das Verhalten gegenüber den beiden südslawischen Staaten war gerade Andrassy am unversöhnlichsten, er drängte am lautesten auf ein entschiedenes, hartes Auftreten gegen diese. Eine seiner Ideen löste offensichtlich einen Schrecken aus: „Es fragt sich demgemäss, ob eine Konzentrierung von Truppen an der serbischen Grenze nicht angezeigt erscheine, welche even-

tuell durch das Morava-Tal die Gegend von Sjenica und Mitrowiza erreichen und dort einerseits Serbien in Schach halten, andererseits auch gegen Montenegro operieren könnten...“ (Protokoll vom 16.4. 1878). Beck und der gemeinsame Kriegsminister Bylandt erblickten in diesem Vorschlag eine kriegerische Provokation und protestierten gegen eine Besetzung Serbiens. Andrassy hingegen wurde von Albrecht unterstützt, der es durchschaut hatte, dass nur die erste Hälfte des Vorschlags (Aufstellung an der serbischen Grenze) ernst genommen werden muss, weil es sich hier nicht um militärische, sondern in erster Linie um politische Vorkehrungen handelt, um ein taktisches Manöver.

Die beiden Konferenzen im April verkörperten einen seltenen historischen Augenblick: die Einheit der Leiter des Aussen- und Kriegsressorts in ihrer Auffassung, was die Aufgaben der Monarchie auf dem Balkan betrifft.

2

Andrassy gelang es auf dem Berliner Kongress nicht, das im voraus beschlossene österreichisch-ungarische Programm in seiner Gänze zu realisieren, immerhin war das Ergebnis dennoch bedeutend. Österreich-Ungarn wurde beauftragt, Bosnien und die Hercegovina militärisch zu besetzen und ohne zeitliche Begrenzung zu verwalten. Was hingegen sehr grosse Unannehmlichkeiten bereitete: die Habsburgermonarchie war gezwungen, die Verpflichtung auf sich zu nehmen, über die Details des Einmarsches und der Administration mit der Türkei ein Abkommen zu schliessen. In Anbetracht des vorangehenden und auch auf dem Kongress zu sehenden entschiedenen Widerstands der Russen nahm Andrassy im letzten Moment Abstand davon, dass der Sandschak von Novi Pazar bei der Okkupation genauso behandelt wird wie die übrigen Teile Bosniens. Art. 25 des Berliner Vertrags enthielt deshalb wesentlich weniger als die diesbezüglichen vorherigen Vorstellungen.¹⁸

Bei den Entwicklungen nach dem Kongress hat man den Eindruck, als ob sich die Militärs nicht besonders um die juristischen Beschränkungen und die Verpflichtungen gegenüber der Pforte kümmerten. Sie sahen nur die Erlaubnis der Besetzung der Provinz. Eine Akte der Kaiserlichen Militärkanzlei formulierte unmittelbar nach dem Kongress die Aufgaben Österreich-Ungarns wie folgt: „Der Endzweck der auf Grund der Berliner Konferenzbeschlüsse stattfindenden österr. ung. Okkupation kann – mögen die Separatverhandlungen mit der Türkei wie immer sich gestalten – nur der sein: die dauernde Herrschaft Österreich-Ungarns in Bosnien und der Hercegovina zu erlangen, zu befestigen, einen Rückfall dieser Provinzen an die Türkei oder einen Abfall an einen anderen Staat zu verhindern, ja unmöglich zu machen, dieselben sogar zum Kristallisationspunkte weiteren Ländererwerbes auf der Balkan-Halbinsel herauszubilden und die Ausdehnung der österreichischen Herrschaft bis an das Ägäische Meer zu sichern.“¹⁹ Als ob es sich unverändert um die sofortige Verwirklichung der alten Absichten in der alten Form handeln würde. Die Militärkanzlei stellte Mitte Juli die grundsätzlichen Instruktionen für Philippović

zusammen. In diesen wurde die Aufgabe so bezeichnet, dass die bosnische Okkupation mit der Besetzung von Mitrovica abgeschlossen werden muss, und die Aufgabe des Generals ist „... die auf die Okkupation abzielenden Operationen derart einzuleiten, dass bei Festhaltung der wichtigsten militärischen Punkte des Gebietes, die dasselbe durchziehende Hauptbewegungslinie, bis einschliesslich Mitrowitz, sobald als möglich besetzt werde.“²⁰

Am gleichen Tag wurde in Wien eine gemeinsame Ministerkonferenz abgehalten. Hier setzte sich Andrassy — unter Berufung auf die mit den Türken inzwischen aufgenommenen, aber nur schwer voran schreitenden Verhandlungen — dafür ein, den Sandschak militärisch einstweilen nicht zu besetzen. Er wollte den Türken Zeit zum Rückzug aus Bosnien lassen, und hielt es nicht für erwünscht, dass die österreichisch-ungarischen Truppen gerade im Sandschak mit den ausmarschierenden Türken zusammenstreffen. Das Protokoll lautet weiter folgendermassen: „Seine Majestät stimmen dem zwar zu, geruhen aber anzudeuten, dass den Türken gegenüber stets daran festzuhalten sei, dass wir in den Sandjak hinein müssen. Türkische Winkelzüge werden nicht zu dulden sein.“²¹

Am 29. Juli begann der Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in Bosnien. Die seit langem erwartete Okkupation stiess aber auf wesentlich grössere Schwierigkeiten, als man je zuvor angenommen hätte. Die Heeresleitung forderte sofort die Mobilisierung weiterer Divisionen. Der Kaiser befürwortete diese Forderung energisch, Andrassy aber widersetzte sich unnachgiebig, wobei er sich auf innenpolitische und finanzielle Schwierigkeiten berief. Ausserdem war seine wirkungsvoll erscheinende Argumentation, dass nach der Eroberung von Sarajevo der Widerstand der Bevölkerung gebrochen sein wird und die Pforte zu der Einsicht gelangt, dass es für sie günstiger ist, sich mit Österreich zu einigen. Die Militärs trauten der optimistischen Prognose nicht und argumentierten überdies auch damit, dass die Schwierigkeiten dem Grad des Vordringes entsprechend grösser werden, und besonders südlich von Sarajevo beträchtlich zunehmen, wenn es zur Besetzung des schmalen Defilees zwischen Serbien und Montenegro kommt.²²

Das Tauziehen zwischen der militärischen Führung und Andrassy dauerte längere Zeit. Kriegsminister Bylandt und Generalstabschef Schönfeld forderten Mitte August geradezu eine Verdoppelung der Kräfte. Letzterer argumentierte wie folgt: Was geschieht, wenn wir Sarajevo einnehmen? „Damit sind wir noch lange nicht am Ende, wenn wir auch einen grossen moralischen Eindruck mit dem Falle Serajevos hervorrufen. Die Kräfte mangeln, um die Drina-Linie zu gewinnen, um die anderen Landesteile zu okkupieren und bis nach Mitrowitz zu gehen, was ja auch in unserer Aufgabe liegt.“²³

Als dann am 19. August die österreichisch-ungarischen Truppen Sarajevo nach einer Reihe von blutigen Schlachten schliesslich erobert hatten, änderte sich die Lage tatsächlich. Und zwar sogar in zweierlei Beziehungen. Auf die eine verwies schon Wertheimer in seiner Andrassy-Biographie: unter dem Einfluss des Erfolges entstand in Österreich eine chauvinistische Stimmung, es begann eine Bewegung mit dem Ziel die

Beschränkungen des Berliner Vertrags ausser acht zu lassen, dass Bosnien nicht einfach okkupiert, sondern offen als erobertes Gebiet annektiert werde.²⁴ Die Angelegenheit hat jedoch auch noch eine andere Seite, über die — unseres Wissens — in der geschichtlichen Fachliteratur noch nicht gesprochen wurde. Die militärischen Führer untersuchten ernsthaft die bitteren Erfahrungen des Bosnienfeldzugs und forderten unter deren Einfluss nicht nur die Proklamierung der Annexion, sondern befassten sich auch ernsthaft mit dem Gedanken des weiteren Vordringens. Diese zweifache Reaktion tritt sehr plastisch in dem Brief zutage, den der bosnische Oberbefehlshaber Feldzeugmeister Philippović am 28. August an die Kaiserliche Militärkanzlei richtete. Nachdem er ausführlich die grossen Schwierigkeiten sowie die Heuchelei und Perfidie der Pforte schilderte, schlug er eine radikale Lösung vor: „Es ist meine innerste Überzeugung, dass die Erklärung: Bosnien und die Herzegowina bilden einen integrierenden Bestandteil Österreich-Ungarns — sofort alle Schwierigkeiten beheben, sofort die grossen Kosten für die Erhaltung der Armee vermindern und diese selbst um einen bedeutenden Teil zu reduzieren gestatten würde. Dadurch würde aber der Kongressbeschluss, wonach Österreich-Ungarn das Besatzungsrecht im Sandschakat Novibazar eingeräumt wurde, in ein anderes Stadium treten und nach meiner Ansicht von geänderten Standpunkte aufzufassen sein. Ohne das Recht formell aufzugeben, ja unter ausdrücklicher Betonung der Aufrechterhaltung desselben dürfte die Ausführung in unserem ureigensten Interesse einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben müssen.“ Sehr wichtig ist die Fortsetzung: „Das Besatzungsrecht im Sandschakat Novibazar ist in seiner praktischen Geltendmachung ebenso kostspielig als von zweifelhaftem Werte, und die Organisation, die Beruhigung Bosniens und der Herzegowina sind vorläufig ohnehin Arbeiten von beträchtlicher Grösse und Bedeutung.“²⁵ Der kommandierende General teilte also die Angelegenheit in zwei Teile: Bosnien ist sofort und auch juristisch endgültig zu erledigen, gleichzeitig ist es besser, die Entscheidung des Schicksals des nach Süden gerichteten Landstreifens hinauszuschieben. Philippović war der Meinung, die Zeit arbeite für Österreich. Wenn die Bevölkerung Bosniens sich an die österreichisch-ungarische Herrschaft gewöhnt und die von dieser geschaffene Zivilisation geniesst, dann wird das Weiterschreiten einfacher sein ... Wie anders klingt dies als z. B. die im März formulierten, sich die Aufteilung der Türkei zum Ziel setzenden Vorstellungen! Obwohl inzwischen neuere Divisionen mobil gemacht wurden, hielt der verantwortliche Kommandant die Kriegsmacht der Monarchie für unzureichend, um noch im Jahre 1878 oder im Frühjahr 1879 das nach Süden gerichtete Tor zu sichern. Für uns ist das aus dem Mund eines Militärs ein neuartig klingendes Argument von besonderer Bedeutung, wonach die Opfer im Zusammenhang mit der Besetzung des Sandschaks in keinem Verhältnis zum Erfolg stünden. Philippović begann mit dieser Meinung von militärischer Seite eine Revision der Rolle des „Ausfalltors.“

Diesen Brief, der Probleme von grosser Tragweite aufwarf, beantwortete Beck, wobei er betonte, dass er auf Anweisung des Kaisers schreibt.

Er erkannte zwar an, dass die Proklamierung der Annexion in Bosnien gewisse Probleme lösen würde, aber dennoch hielt er die Argumente, die gegen ein solches Verfahren sprechen, für gewichtiger. Beck befasste sich von der Natur der Sache her eingehend mit dem damaligen Verhalten der Türkei gegenüber der Monarchie, sowie mit jenem, dass sich nach einer eventuellen Annexion wahrscheinlich feindselig gestalten würde, sowie mit den sich aus letzterem ergebenden militärischen Folgen. Die übrigen Argumente der eindeutig negativen Antwort stimmen mit der Ansicht Andrássys überein, die er im gemeinsamen Ministerrat vom 24. August über die Notwendigkeit einer strikten Erfüllung der auf dem Berliner Kongress übernommenen Verpflichtungen vorgetragen hatte.²⁶ Auch auf den anderen Gedanken, den der General in seinem Brief aufwarf, reflektierte Beck eingehend. Seine Antwort ist überraschend, wenn wir an den Kriegsbefehl vom 19. Juli beziehungsweise an den auf den gemeinsamen Ministerkonferenzen von den Militärs bis dahin vertretenen Standpunkt denken. Beck bezeichnete die Frage der Inbesitznahme des Sandschaks noch als offen, als noch nicht entschieden. „Was dort, und wann es zu geschehen hat, ist zunächst davon abhängig, ob wir, im Sinne der Berliner Kongressbeschlüsse und im Wege des friedlichen Einvernehmens mit der Türkei dazu gelangen werden, das Garnisonrecht in diesem Landstriche auszuüben oder ob wir den Sandschak durch Waffengewalt in unseren Besitz bringen müssen.“ Die eine Alternative, das Vorgehen im Einvernehmen mit der Türkei, ist identisch mit dem bis dahin gerade von Andrassy gegenüber den Militärs vertretenen Verfahren, die andere hingegen schliesst die Aufhebung jener Berliner Beschlüsse ein, deren wortwörtliche Erfüllung in bezug auf Bosnien Beck selbst im ersten Teil seines Briefes für so wichtig gehalten hat. Die Erklärung liegt jedoch auf der Hand: „Die Orientalische Frage, ist überhaupt noch nicht zum Abschluss gelangt, und wird es sich erst in der nächsten Zukunft zeigen müssen, inwieweit die Berliner Kongressbeschlüsse eine Befriedigung der Nachbarländer Serbien und Montenegro, im weiteren Verlaufe auch Griechenland, sowie der anderen beteiligten Staaten und Länder — Russland, Bulgarian etc. — erzielt haben. In den noch bevorstehenden Entwicklungsphasen und bei den verschiedenen möglichen Komplikationen kann sich vielleicht ein Moment ergeben, wo wir unter viel günstigeren Verhältnissen in den Sandschak von Novibazar vordringen können und wird es sich dann zeigen, welche weiteren Aufgaben uns da noch etwa bevorstehen.“²⁷

Wegen des sehr langsamen Fortschritts der Pazifizierung von Bosnien wurde es tatsächlich aktuell, darüber zu entscheiden, ob es zweckmässig ist, den Feldzug gegen Süden auszudehnen. Über das Schicksal des Sandschaks Novi Pazar wurde im September 1878 eine besondere Konferenz abgehalten, auf der die militärischen Gesichtspunkte Schönfeld, die politischen Andrassy darlegte. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage fertigte der Generalstabschef eine schriftliche Vorlage an.²⁸ In dieser schilderte er die Hindernisse militärischer Art, mit denen man bei einem eventuellen Einmarsch rechnen muss. „Es handelt sich hier um einen vorgeschobenen Posten, den von Süden her die stets rauflustigen Stämme der

Albanesen und Arnauten bedrohen, während die Türkei im Besitze der Bahn Saloniki vollständige Aktionsfreiheit hat, der im Osten und Westen durch Serbien und Montenegro, zwei unberechenbare Faktoren, flankiert wird, und endlich durch eine Reihe von Defileen und höchst problematischen Kommunikationen mit dem Hinterland zusammenhängt. Die Misere dieser Kommunikationen beginnt schon bei Serajevo . . .“ Hierauf folgt eine für uns vielsagende Feststellung: „Die Verkehrs- und Handelswege, von denen Art. XXV des Berliner Kongresses spricht, müssten also de facto erst geschaffen werden; nicht minder die militärisch ebenso notwendigen Kommunikationen. Heutzutage existieren sie nicht, dagegen sind von der Drina bis nach Mitrowitzka drei gewaltige Hauptrücken oder Wasserscheiden zu übersetzen . . . Infolgedessen steht es zu bezweifeln und die hierüber erliegenden Rekogniscierungsdaten stimmen darin überein, ob gegenüber solchen Terrainschwierigkeiten eine *Bahn Serajevo-Novibazar-Mitrowitzka* je zu Stande kommen wird, um am kürzesten Salonich zu erreichen.“ Wie wir uns daran erinnern, war die Sicherung der Verkehrs- und Handelsstrassen seit jeher eines der Hauptargumente der Militärs, wenn sie eine Legitimierung der Expansion gegen Süden suchten. Im Frühjahr 1878 übernahm auch Andrassy diese Parole. Nun aber stellt plötzlich ein Militär, der einen verantwortlichen Posten bekleidet, diese ganze Theorie in Frage. Weil „ . . . in dem erwähnten Paschalik so gut als gar keine Verkehrswege, dagegen alle nur denkbaren Hindernisse . . . bestehen, so liegt gar kein Grund vor, der es vom kommerziellen, wie militärischen Standpunkt aus wünschenswert erscheinen liesse, sich alldort unter den allernüchternsten Verhältnissen zu aventurieren.“ Das ist eine schwerwiegende Feststellung, doch ging Schönfeld weiter. Über sein eigenes Ressort hinausgehend zweifelte er in seiner Denkschrift auch von politischer Seite am Sinn der Expansion nach Novibazar: „Sind Bosnien und die Hercegovina nicht mehr türkische Provinzen, bröckelt nach und nach wieder ein Stück ab von der europäischen Türkei, so wird auch diese Frage sich lösen — *von selbst*, und es wird sich zeigen, ob Österreich klug daran tut, über die Drina hinauszugehen . . . Schreitet der Verfall des Türkentums in Europa fort, . . . so werden sich Serbien und Montenegro enger an uns schliessen, als dormalen, weil wir dann gemeinschaftliche Ziele verfolgen. Erst dann kann der Start: ‚der Handelsweg bis Salonich in Österreichs Händen‘ zur Wahrheit werden, dann aber geht der Weg dahin ebenso gut, oder vielmehr weit bequemer durch das uns verbündete, uns zu verpflichtende Serbien, als durch den Hals von Novibazar . . .“

In dieser kurzen Ausführung ist eine ganz neue balkanpolitische Konzeption enthalten. Schönfeld setzte nicht allein hinter die wirtschaftliche Bedeutung des Sandschaks ein Fragezeichen, sondern er warf gleichzeitig die Möglichkeit, ja Zweckmässigkeit eines neuartigen Verhaltens gegenüber den Kleinstaaten auf dem Balkan auf. Kurz darauf, als Kálnoky Aussenminister war, unternahm Wien, nicht ohne jeden Erfolg, Versuche zum Ausbau solcher neuartigen Beziehungen. Im Herbst 1878 waren jedoch die Verhältnisse hierzu noch nicht gegeben.

Auf der Konferenz vom 7. September²⁹ trug Schönfeld den Gedankengang seiner Denkschrift vor und schloss seine Ausführungen damit, dass man die Lösung der Frage der Zeit überlassen muss, in der Angelegenheit des Sandschaks aber soll in diesem Jahr nichts mehr unternommen werden. Die Teilnehmer der Konferenz erklärten sich damit einverstanden. Andrassy nahm den Antrag auf Verschiebung bereitwillig an, erkannte jedoch die Argumente Schönfelds nicht an. Die Bedenken militärischen Charakters hielt er für übertrieben. „Wenn die Besetzung nötig, wäre sie auch ausführbar“, lautete seine Sentenz. Freilich hielt er seine eigenen Schwierigkeiten (die Verhandlungen mit der Pforte) für viel wichtiger. Auf den Gedankengang Schönfelds in bezug auf die Bedeutung des Sandschaks reflektierte er unmittelbar nicht, dafür wiederholte er seine alten Argumente: „Die einzige Gefahr, die uns aus der Landzunge erwachsen könnte, wäre die, unseren Verkehr mit dem Oriente und die Verbindung mit der Eisenbahn Salonich-Mitrowitza abgeschnitten zu sehen; hiernach könnten wir nicht dulden, dass die Türkei [!], oder ein anderer Staat einige im Sandschake Novibazar gelegene Punkte so besetze, dass unser Vordringen für später unmöglich gemacht werde.“

Eine von der Hand Becks stammende Aufzeichnung aus dem Januar 1879 ging auf dem Weg, den im Herbst Schönfeld betreten hatte, noch weiter.³⁰ Vorerst stellt er fest, dass die Monarchie nichts dazu zwingt, das gesamte Gebiet des Sandschaks sofort zu besetzen; von diesem Gebiet kann keine andere Macht Besitz ergreifen, solange die Türkei besteht. „Tritt aber einmal der Moment der Auflösung der türkischen Herrschaft in Europa ein“ – lautet die Fortsetzung – „und würde es dann notwendig werden, unseren Einfluss in den südwestlichen Teilen der Balkanhalbinsel geltend zu machen, so würde eine solche Aktion keinesfalls auf der Linie: Visegrad – Novibazar – Mitrowitza, sondern durch das Morawatal über Nis und Leskowatz gegen Pristina zur Ausführung gebracht werden, sei es mit Zustimmung der serbischen Regierung oder ohne dieselbe.“ Auch Beck betonte, dass statt einer Forcierung der militärischen Lösung die „politische Aktion“ vor Augen zu halten ist, dass „man sich in der nächsten Zukunft vor allem der loyalen Haltung Serbiens vergewissern müsse und dass dessen *unbedingter Anschluss an unsere Interessen* einer jeden etwaigen Unternehmung gegen Süden voranzugehen haben wird.“

Auch Andrassy selbst sah sehr bald ein, dass in den Ausführungen Schönfelds und Becks, nach denen südlich von Bosnien sehr grosse Terrainschwierigkeiten bestehen und grössere Truppenbewegungen dort sehr schwer durchzuführen sind, viel Wahrheit steckt, und dass auch deshalb das alte Ziel auf neuen Wegen erreicht werden müsste. Als er im Februar 1879 in der Angelegenheit der mit der Pforte gemeinsam zu errichtenden Garnisonen dem neuen bosnischen Oberbefehlshaber eine Anweisung erlassen musste, warf auch er schon die alternative Möglichkeit auf: „... Sollte aber eine Konvention nicht zu Stande kommen, ... dagegen aber etwa von Novibazar und Mitrowitza gegen das Innere der Balkanhalbinsel gerichtete militärische Unternehmungen grösseren Stils notwendig erscheinen, so bin ich der Ansicht, dass dieselben ihren Weg durch das Mo-

rawa-Tal nehmen und daher auf die Donau und Serbien basirt werden müssten.³¹ Ähnlich äusserte er sich auch auf einer gemeinsamen Ministerkonferenz: „Der Marsch über Novibazar nach Salonich wäre zu kostspielig und es wäre eher eine Schiffsexpedition dahin vorzunehmen. Es geht nicht, die Pyramide von Bosnien aus so aufzubauen, dass ihre Spitze bis nach Salonich reicht. Früher, als auf solche Weise, muss es von selbst dazu kommen, dass dieser Vorteil uns zufällt.“³²

Die Regelung der grossen Balkankrise machte im Jahre 1879 einen riesigen Schritt vorwärts. Die grundlegenden Vorschriften des Berliner Abkommens realisierten sich allmählich. Endlich kam auch die österreichisch-ungarisch-türkische Vereinbarung über Bosnien zustande, die für einige Zeit in Wien die Zukunftspläne im Zusammenhang mit dem Sandschak gegenstandslos machte. An Hand der obigen Angaben halten wir es für wahrscheinlich, dass sich Andrassy gerade infolge des Zögerns der führenden militärischen Faktoren damit begnügte, dass die Monarchie aufgrund der mit der Pforte im April getroffenen Konvention lediglich an drei, der bosnischen Grenze nahe gelegenen Punkten auf dem Gebiet des Sandschaks (gemeinsam mit den Türken) Garnisonen errichtete. Jene Behauptung hingegen, nach der im Frühjahr 1879 nur Andrassy die Militärs daran hinderte, mit einer grossen Expedition bis nach Saloniki vorzudringen, bedarf unbedingt einer Korrektur.³³

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. Suppan, A.: Aussen- und militärpolitische Strategie Österreich-Ungarns vor Beginn des Bosnischen Aufstandes 1875. In: *Međunarodni naučni skup povodom 100-godišnjice ustanka u Bosni i Hercegovini, drugim balkanskim zemljama i istočnoj krizi 1875–1878*, godine. Bd. 1, Sarajevo 1977, S. 160.

² Lutz, H.: Politik und militärische Planung in Österreich-Ungarn zu Beginn der Ära Andrassy. Das Protokoll der Wiener Geheimekonferenzen vom 17. bis 19. Februar 1872. In: *Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für K. R. Stadler*. Wien 1974.

³ Diószegi, I.: Andrassy und der Aufstand von Herzegowina im Sommer des Jahres 1875. In: *Međunarodni naučni skup povodom 100-godišnjice ...* S. 367–385. Den deutschen Text dieses Protokolls hat schon M. Vukčević publiziert in *Glasnik istoriskog društva u Novom Sadu*, Bd. VI/3.

⁴ Vgl. Palotás, E.: Ziele und geschichtliche Realität. Wirtschaftsbestrebungen Österreich-Ungarns auf dem Balkan zur Zeit des Berliner Kongresses im Jahre 1878. *Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae*, Nr. 157, Budapest, 1980, S. 15–16.

⁵ Diószegi, I.: Az 1877. évi budapesti szerződés előtörténete [Vorgeschichte des Budapester Abkommens vom Jahre 1877]. *Századok* 1979/6, S. 964 ff.

⁶ „Denkschrift zur Lösung der Orientfrage. Übergeben am 1. Dezember 1876.“ Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv (im weiteren KA), Militärkanzlei Seiner Majestät (MK) Separatfasc. 70, Nr. 59.

⁷ Ebenda. Vgl. auch Diószegi S. 968.

⁸ Holzer, J.: Erzherzog Albrecht 1867–1895. Politisch-militärische Konzeptionen und Tätigkeit als Generalinspektor des Heeres. Diss. Wien 1974, S. 80–82.

⁹ Filipović an Beck. Präs. Nr. 262/3. 10. Jänner 1878. KA MK 69–1/15–1 ex 1878.

¹⁰ Hünigen, G.: Nikolaj Pavlovic Ignat'ev und die russische Balkanpolitik 1875–1878. Göttingen 1968.

¹¹ „Kurzgefasstes Résumé der am 15. Jänner 1878 unter Allerhöchstem Vorsitze stattgehabten Konferenz.“ KA MK Separatfasc. 70, Nr. 59. Vgl. Wertheimer, E.: Graf Julius Andrassy. Sein Leben und seine Zeit. Bd. III. Stuttgart 1913, S. 60 ff; Glaise-Horstenau,

- E.: Franz Josephs Weggefährte. Das Leben des Generalstabschefs Grafen Beck. Wien 1930, S. 196 ff.
- ¹² Philippović an Bylandt-Rheidt. Präz. Nr. 262/8. Prag, 25. März 1878. KA MK 69—1/15—2 ex 1878.
- ¹³ K. k. Oberstleutnant von Thömmel: Memorandum über die durch die Punktationen des Vertrages von San Stefano geschaffene Situation mit besonderem Bezug auf Montenegro, dann Serbien und Bulgarien. Wien, am 22. März 1878. Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA), Politisches Archiv XII, Karton 131.
- ¹⁴ Освобождение Болгарии от турецкого ига. Документы в трех томах. Том III. 1878—1879. Москва 1967. № 34, 40, 44, 52.
- ¹⁵ „L'Autriche-Hongrie compte s'annexer le territoire situé entre le Lac de Scutari, la mer et la Boyana.“ In: „Mémoire. Mars 1878.“ HHStA PA I. Karton 453.
- ¹⁶ „Militärische Betrachtungen über die durch den Frieden von St. Stefano geschaffenen neuen Grenzen auf der Balkan-Halbinsel. Wien, am 24. März 1878. Beck GM.“ HHStA PA XII, Karton 131.
- ¹⁷ „Protokoll über die unter A. h. Vorsitze Sr. k. k. Apostolischen Majestät am 16. April 1878 stattgehabte Sitzung, betreffend die, mit Rücksicht auf die gegenwärtige allgemeine politische Lage etwa zu ergreifenden militärischen Massregeln.“ KA MK 1878: 69—1/23.
- „Protokoll über die, unter A. H. Vorsitze Seiner k. k. Apostolischen Majestät, am 21. April 1878 stattgehabte Sitzung, betreffend die Kosten der, mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage etwa in Betracht zu ziehenden militärischen Massnahmen.“ Ebenda.
- ¹⁸ „Art. 25. Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden. Da die österreichisch-ungarische Regierung nicht den Wunsch hegt, die Verwaltung des Sandschaks von Novibazar zu übernehmen, welches sich zwischen Serbien und Montenegro in südlicher Richtung bis jenseits Mitrovitzta erstreckt, so wird die ottomanische Verwaltung daselbst fortgeführt werden. Um jedoch sowohl den Bestand der neuen politischen Ordnung, als auch die Freiheit und die Sicherheit der Verkehrswege zu wahren, behält sich Österreich-Ungarn das Recht vor, im ganzen Umfange dieses Theils des alten Vilajets von Bosnien Garnisonen zu halten und Militär- und Handelsstrassen zu besitzen. In dieser Beziehung behalten sich die österreichisch-ungarische und die türkische Regierung die Verständigung im einzelnen vor.“ Vgl. Geiss, L.: (Hrg.) Der Berliner Kongress 1878. Protokolle und Materialien. Boppard am Rhein 1978, S. 388.
- ¹⁹ „Eine Studie über die ersten Aufgaben der oesterr. ung. Regierung in dem occupirten Bosnien und Hercegovina. Im Juli 1878.“ KA MK Separatfasc. 70, Nr. 59.
- ²⁰ Allerhöchstes Befehlsschreiben an den FZM Joseph Freiherrn von Philippović, Kommandanten des 18. Armeekorps. Schönbrunn, 19. Juli 1878.“ KA MK 1878: 6—1/27—1.
- ²¹ Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten. Protokoll vom 19. Juli 1878. Nr. 206. HHStA PA XL, Karton 290.
- ²² Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten. Protokoll vom 11. August 1878. Nr. 211. Ebenda.
- ²³ Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten. Protokoll vom 19. August 1878. Nr. 212. Ebenda.
- ²⁴ Wertheimer, Bd. III, S. 156 ff.
- ²⁵ Philippović an Beck. Sarajevo, am 28. August 1878. KA MK 1878: 69—1/27—5.
- ²⁶ Vgl. Wertheimer, ebenda.
- ²⁷ „Entwurf des Antwortschreibens an FZM Joseph B. Philippović in Serajevo. Wien, am 4. September 1878.“ KA MK 1878: 69—1/27—5.
- ²⁸ „Denkschrift über die militärische Lage in Bosnien überhaupt und die Besetzung des Sandschakats Novibazar. Wien, 6. September 1878.“ KA MK 1878: 69—20/2.
- ²⁹ „Protokoll über die unter a. h. Vorsitze Seiner k. k. Apostolischen Majestät am 7. September 1878 abgehaltene Konferenz.“ KA MK 1878 : 69—20/2.
- ³⁰ „Denkschrift zur Frage der Besetzung des Sandschakates von Novibazar.“ Jänner 1878. KA MK Separatfasc. 71, Nr. 68.
- ³¹ Andrassy an S. K. H. FZM Wilhelm, Herzog von Württemberg. Wien, 24. Februar 1879. HHStA PA XII Karton 258.
- ³² Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten. Protokoll vom 2. März 1879. Nr. 231. HHStA PA XL Karton 291.
- ³³ Wertheimer, Bd. III, 209—210.